

WEG MIT DEN AUSLÄNDERGESETZEN !

Für eine anti-rassistische Bewegung in der Bundesrepublik

Broschüre der Darmstädter Initiative gegen Rassismus,
September 1988

Inhalt:

Feindbild 'Ausländer'.....S.	1
Was ist Rassismus?.....S.	7
Der rassistische Staat.....S.	17
Der Rassismus in der Krise.....S.	23
Für eine anti-rassistische Bewegung.....S.	28
Was wir wollen.....S.	35

FEINDBILD 'AUSLÄNDER'

'Eine fortlaufende Zuwanderung von Ausländern würde die Bundesrepublik tiefgreifend verändern. Sie bedeutete den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im Wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird....Die Bewahrung des eigenen nationalen Charakters ist das legitime Ziel eines jeden Volkes und Staats....Für die Bundesrepublik Deutschland ist sie darüber hinaus im Hinblick auf die ungelöste nationale Frage der Deutschen eine geschichtliche Verpflichtung.'

Bundesministerium des Inneren, Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts, Begründung, Februar 1988, S. 23-24.

Im Sommer 1988 rollt in der BRD eine neue Propagandakampagne gegen Ausländer an. Kaum ein Tag vergeht ohne Sensationsmeldungen zum Thema 'Ausländerproblem'. Drogenrazzien im Frankfurter Raum liefern wochenlang Material für Schlagzeilen, die afrikanischen Asylsuchenden eine Vorliebe für Rauschgiftkriminalität unterstellen. Auch die Frankfurter Rundschau - schon lange nicht mehr so liberal wie ihr Ruf - läßt es sich nicht nehmen, mit Titeln wie 'Zwei Heroinbömbchen und den Asylantrag in der Tasche' zur Kreation des Bürgerschrecks 'Asylantenkriminalität' das Ihre beizutragen.

Die Not Thailändischer Prostituiertes, die sich Menschenhändlern anvertrauen um in der BRD ein paar Mark zu verdienen, wird in Magazinsendungen und Zeitschriften voyeuristisch ausgebreitet um Stimmung zu machen für Abschiebungen und Visaauflagen für Süd-Ostasien. Das Bundesinnenministerium lanziert wöchentlich Meldungen

VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist eine kritische Darstellung der...

Verfasser: Dr. phil. habil. ...

September 1904

Inhalt

Einleitung	1
Die rechtliche Natur	17
Die Entstehung in der Natur	23
Die rechtliche Bedeutung	29
Die rechtliche Wirkung	35
Die rechtliche Natur	41
Die rechtliche Wirkung	47

zwingt. Die Vorstellung Ausländer seien eine Gefahr für deutsche Arbeiter, für 'unsere' Arbeitsplätze oder 'unseren' Lebensstandard, entbehrt einer rationalen Grundlage. Es sind nicht Ausländer, sondern Unternehmer, Politiker und Staat, die mit Arbeitsplatz- und Sozialabbau die Folgen der wirtschaftlichen Krise auf dem Rücken sowohl der deutschen wie der ausländischen Lohnarbeiter auszutragen suchen.

Es gibt kein Ausländerproblem. Das wirkliche Problem sind die Unterdrückung und die Feindseligkeit, der Ausländer in der BRD ausgesetzt sind. Seit ausländische Arbeiter vor über dreißig Jahren erstmals in die BRD kamen, gehören diese genauso zum täglichen Leben in diesem Land wie die Bundesliga und die Tagesschau.

Ausländer unterliegen Sondergesetzen, die sie zu Menschen zweiter Klasse stempeln. Durch diese Gesetze wird die diskriminierende Behandlung ausländischer Arbeiter in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens - vom Arbeitsplatz bis zum Wohnungsmarkt und zur Schule - legitimiert. So wird die Gesellschaft in Menschen erster und zweiter Klasse gespalten und die Grundlage für die Ausbreitung eines nationalistischen, von Vorurteilen geprägten sozialen Klimas geschaffen. Dieses beeinflusst nicht nur das Verhalten der Menschen gegenüber ausländischen Arbeitern oder Flüchtlingen. Es hat darüber hinaus eine tiefgreifende Wirkung auf ihr Selbstverständnis, ihre Haltung gegenüber Staat und Unternehmern - kurz auf die Ideologie dieser Gesellschaft.

überblickt man die Entwicklung der Ausländerpolitik der vergangenen dreißig Jahre, so läßt sich zweierlei feststellen. Einerseits hat sich nicht viel geändert. Ausländer unterlagen schon immer systematischer Diskriminierung und der Rassismus ist schon lange ein Bestandteil der politischen Kultur dieser Gesellschaft. Andererseits aber hat er trotzdem heute eine andere Qualität als vor zehn oder zwanzig Jahren. Im Kontext der Wirtschaftskrise wandelte er sich von einem Nebenaspekt der bürgerlichen Politik zu einer ihrer wichtigsten Waffen. Allein der Umstand, daß sowohl 1983 wie 1987 Apeile an

über angeblich steigende Flüchtlingszahlen, Ausländerkriminalität und -extremismus, während führende Unionspolitiker - so der Baden Württembergische Ministerpräsident Lothar Späth und BAA-Chef Egon Franke - mit Betrachtungen zur 'Zeitbombe' Asyl und zur Ausländerbeschäftigung, zunehmende Angst vor Arbeitsplatz- und Sozialabbau in ausländerfeindliche Kanäle zu lenken suchen.

Seit Beginn der achtziger Jahre ist das sogenannte 'Ausländerproblem' ein Lieblingsthema der bürgerlichen Politik. Dies gilt nicht nur für die BRD, sondern für alle Industrienationen Westeuropas. In Frankreich suchen sich traditionelle Rechte unter Jacques Chirac und Le Pen's neo-faschistische Front National seit Jahren mit Propaganda gegen nordafrikanische Einwanderer gegenseitig zu überbieten, während in den schwarzen Ghettos Großbritanniens bürgerkriegsähnliche Polizei-Besetzungen, Straßenpatrouillen und Massenverhaftungen heute routinemäßiger Bestandteil des Alltagslebens sind.

Die Vorstellung, Ausländer seien ein Problem, dem mit staatlichen Maßnahmen begegnet werden muß, wird von allen etablierten Parteien geteilt. Liberale oder sozialdemokratische Politiker erheben zwar zuweilen Widerspruch gegen besonders extreme Auswüchse der Ausländerpolitik - aber in der Regel nur dann, wenn sie die Oppositionsbänke drücken. In der BRD war es eine Sozialliberale Koalition, die vor fünfzehn Jahren mit dem 'Anwerbestopp' jene Wende zu einer scharfen Ausländerpolitik einleitete, die seit 1983 von Kohl und Zimmermann fortgesetzt wird. Die Tatsache, daß die Ausgrenzung von Ausländern die Unterstützung aller Parteien besitzt, trägt wesentlich dazu bei, daß die Vorstellung, Ausländer seien ein 'Problem' inzwischen den Status einer quasi-allgemeingültigen gesellschaftlichen Norm erlangt hat.

Aber die alltägliche Erfahrung zeigt, daß das 'Ausländerproblem' eine Fiktion ist. Es kommt selten vor, daß Türkische Arbeiter uns entlassen, den Lohn kürzen oder Sozialversicherungsbeiträge erhöhen, oder daß ein Asylsuchender aus Sri Lanka uns zur Sonntagsarbeit

sie wird zu Klärung der gesellschaftlichen Ursachen und Folgen des Rassismus beitragen und, vor allem, daß der Leser sich angesprochen fühlt, die hier vertretenen Ideen und Forderungen aufzugreifen und aktiv mit uns an der Entwicklung einer anti-rassistischen Bewegung teilzunehmen.

WAS IST RASSISMUS?

Der Begriff Rassismus ist gerade in Deutschland wegen der barbarischen Form, in der Rassenpolitik sich im Dritten Reich präsentierte, besonders mit Emotionen belastet. Die sich hieraus ergebende subjektive Betrachtungsweise steht einer rationalen Erkenntnis der Rolle der Ausländerunterdrückung in der BRD im Wege. Daher ist es zunächst einmal notwendig, den Begriff des Rassismus zu entmystifizieren.

Rassismus gilt gemeinhin als etwas Extremes, als etwas, das offensichtlich außerhalb konventioneller demokratischer Normen liegt. Die Feststellung, auch die bundesdeutsche Ausländerpolitik und die sie tragende öffentliche Meinung sei rassistisch, stößt daher meist auf Unverständnis oder gar Empörung. Wenn von Rassismus die Rede ist, assoziieren die meisten Menschen ungewöhnlich barbarische Vorgänge, wie die Judenvernichtung während der Nazi-Diktatur oder

Der Geist des Sommers 1986 soll jetzt Gesetz werden. Vor Kurzem
blickte der Entwurf für ein neues Ausländergesetz aus dem Hause
Lammermann das Licht der Öffentlichkeit. Er verbindet eine
massive Verschärfung des Aufenthaltsrechts - besonders für
Ost-EG-Angehörige - mit der Verkündung nationalistischer Maximen,
die in dieser Form seit 1945 an den rechten Rand der deutschen
Politik gebannt zu sein schienen. Daß die BRD 'kein
Einwanderungsland' sei, daß die Gegenwart von Ausländern für sie
eine 'erhebliche Last' bedeute, daß diese bereits die 'Grenzen des
ökologisch Möglichen' zu sprengen drohe, daß Anspruch auf die
Vorteile des Grundgesetzes nur habe, wer Deutsch, Angehöriger des
deutschen Staatsvolks' oder 'deutscher Volkszugehöriger' ist - all
dies und Vieles mehr soll nun gesetzlich fixiert werden. Völkisch-
reaktionäre Ideen und Praktiken, die seit dem Ende des Dritten
Reiches zumindest offiziell als nicht konsensfähig galten, sollen nun
wieder zur gesellschaftlichen Norm erhoben werden.

Darmstädter Initiative gegen Rassismus wurde im Januar 1988
gegründet. Unser Ziel ist es, eine politische Bewegung gegen den
Rassismus zu entwickeln. Wir gehen davon aus, daß traditionelle
humanitäre Aktivitäten, die sich meist entweder auf
humanitäre Hilfestellung für Ausländer oder auf die Förderung
kultureller Verständigung zwischen Deutschen und Ausländern
beschränken, nicht ausreichend sind, dem Problem Rassismus wirksam
beizukommen. Dies kann unserer Ansicht nach nur eine politische
Kampagne, die sich gegen die herrschende Ausländerpolitik wendet und
auf die uneingeschränkte rechtliche und soziale Gleichberechtigung
von Deutschen und Ausländern wirbt. Nur so kann eine Bewegung
entstehen, die der staatlichen Diskriminierung und der immer
wieder auftretenden Ausländerhetze selbstbewußt und wirksam
beizukommen kann.

In dieser Broschüre stellen wir zunächst unsere Analyse des
Rassismus und dann die Prinzipien unserer Kampagne vor. Wir hoffen,

Württembergische Ministerpräsident Späth vor einigen Jahren, als er warnte, 'Gewalttätigkeiten könnten die Folge sein', wenn Vorschläge seiner Landesregierung zur Beschränkung des Kindernachzugs und zur 'Rückkehrförderung' nicht durchgesetzt würden. Man sieht: auch rechte Politiker berufen sich gern auf die Ausländerfeindlichkeit. Sie tun es um rassistische Politik als Ausdruck eines vermeintlichen 'Volkswillens' zu präsentieren. Die Fadenscheinigkeit dieser Argumentationsweise liegt auf der Hand. Schließlich sind es gerade die Politiker, die sich so gerne auf die Ausländerfeindlichkeit berufen, die sie auch am lautstärksten schüren.

Aber um diesen scheinheiligen Argumenten wirksam zu begegnen, ist es erforderlich, die gesellschaftlichen Interessen, denen diese Politik tatsächlich dient, klar und deutlich zu benennen. Gerade dies wird aber durch den Begriff der Ausländerfeindlichkeit und den Gebrauch, der auf der Linken von ihm gemacht wird, erschwert. Er suggeriert, die Verhältnisse, denen Ausländer in der BRD ausgesetzt sind, seien Ausdruck der Bewußtseinslage der deutschen Bevölkerung. Damit verschwinden die wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die wirklich hinter der Ausländerunterdrückung und -hetze stehen, aus dem Blickfeld.

In Wirklichkeit ist der Rassismus weder etwas Extremes, noch ein irgendwie aus der menschlichen 'Natur' entspringendes Bewußtseinsphänomen. Er ist ein Organisationsprinzip des modernen Kapitalismus, das in unterschiedlichen Formen in allen westlichen Industrieländern anzutreffen ist. Seine Wurzeln liegen nicht in der menschlichen Psyche, sondern in der Unterdrückung und Ausplünderung der Länder und Völker Afrikas, Asiens, des Nahen Ostens, Lateinamerikas und anderer ökonomisch weniger entwickelter Länder durch die den Weltmarkt beherrschenden imperialistischen Nationen (1). Rassistische Ideen - d.h. die Vorstellung, bestimmte Völker oder Rassen seien minderwertig - entstehen erstmals mit der Herausbildung des Kolonialismus. Die brutale Ausmerzungen und Unterjochung fremder Völker bedurft einer ideologischen Legitimation. Diese wurde geschaffen, indem diese Völker als Heiden,

die gewaltsame Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in Südafrika. Mit dieser Betrachtungsweise wird einerseits das Phänomen des Rassismus dämonisiert und somit einer nüchternen Analyse entzogen. Gleichzeitig führt sie aber auch zu einer Beschönigung und Entstellung der Realität der Ausländerunterdrückung in der BRD. Denn die Schlußfolgerung, die sich logischerweise aufdrängt, ist, daß die Behandlung, der Ausländer in der BRD ausgesetzt sind, zwar zu kritisieren und zu verurteilen sein mag, aber daß ihr nicht der Charakter systematischer Unterdrückung zukommt.

Leider ist auch das Denken der Gegner der staatlichen Ausländerpolitik in der BRD von dieser Vorstellungsweise geprägt. Selbst in Ausländerinitiativen und ähnlichen Gruppierungen, die sich die Aufgabe stellen, für die Rechte von Ausländern einzutreten, meidet man den Begriff Rassismus. In anderen Ländern - vor allem Frankreich und Großbritannien - gibt es seit Jahren Kampagnen, die sich als anti-rassistisch bezeichnen und damit auch die Politik und die Verhältnisse, gegen die sie opponieren, zumindest als das bezeichnen, was sie sind. Doch in der BRD scheut man sich, das Kind beim Namen zu nennen.

Hier bevorzugt man die Bezeichnung 'Ausländerfeindlichkeit', die sich inzwischen gerade auf der Linken als Sammelbegriff für das, 'wogegen' man ist, etabliert hat. Gerade dieser Begriff aber trägt wesentlich zur Entstellung der tatsächlichen Sachlage bei. Er suggeriert, es gehe im Wesentlichen um ein subjektives Problem - den Umstand, daß viele Deutsche Ausländern 'feindlich' gegenüberstehen - nicht aber die objektive staatlich organisierte und in allen Bereichen der Gesellschaft wirksame Diskriminierung und Unterdrückung von Ausländern.

Wie problematisch der Begriff der Ausländerfeindlichkeit ist, zeigt allein schon der Gebrauch, den rechte Politiker von ihm machen. Im Entwurf für ein neues Ausländergesetz der Bundesregierung heißt es, eine liberale Ausländerpolitik stoße 'in der deutschen Bevölkerung auf vielfache Ablehnung'. Ähnlich argumentierte der Baden

Ähnliches gilt, wenn auch unter anderen Bedingungen, für Südafrika. Im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte sich Südafrika durch die Errichtung eines perfektionierten Systems der Rassenausbeutung und -unterdrückung aus einer Kolonie Großbritanniens zu einem selbständigen imperialistischen Industriestaat, dem eine ganz entscheidende wirtschaftliche, politische und militärische Rolle beim Erhalt kapitalistischer Verhältnisse in der ganzen südlichen Hälfte des afrikanischen Kontinents zukommt.

Der Antisemitismus, der in Deutschland zu der barbarischsten Form des Völkermordes in der modernen Geschichte führte, ist in mancher Hinsicht ein Sonderfall. Denn die Ursachen des modernen Antisemitismus liegen weder in der Eroberung des Weltmarkts noch in der Arbeitsimmigration, sondern in den gewaltigen sozialen Erschütterungen, die ab Ende des 19. Jahrhunderts ganz Ost- und Westeuropa erfaßten. Auf diese kann hier nicht eingegangen werden. Festzuhalten ist, daß der Anti-Semitismus trotz seiner spezifischen materiellen Wurzeln, eines der eklatantesten Beispiele dafür ist, wie und mit welcher barbarischen Konsequenzen der Rassismus sich in Krisenzeiten zu einer sozialen Gewalt entwickeln kann.

In Westeuropa kommt es mit Beginn der Arbeitsimmigration zur Einführung von Gesetzen und anderen staatlichen Maßnahmen, deren Zweck darin besteht, die Einwanderung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitskräfte so zu gestalten, daß sie dem Profitinteresse des Kapitals und anderen politischen und sozialen Interessen des Systems optimal gerecht wird. Ausländische Arbeiter werden per Gesetz von den üblichen sozialen und politischen Rechten, die der einheimischen Arbeiterschaft eingeräumt werden, ausgeschlossen. Ihnen wird ein Sonderstatus als Menschen zweiter Klasse zugewiesen, wodurch sie zu einer besonders kostengünstigen, jederzeit abrufbaren Verfügungsmasse des Kapitals werden.

Barbaren oder Untermenschen klassifiziert wurden, denen gegenüber man sich keinerlei Rücksicht aufzuerlegen habe.

In England sehen wir zum Beispiel wie im Zuge des 19. Jahrhunderts mit der Ausbreitung des Britischen Kolonialreichs die bürgerliche Intelligenz sich der Verherrlichung des Kolonialismus und der Schaffung von Rassentheorien zuwandte. Ähnliches gilt für Deutschland, dessen Expansionsgelüste zunächst vor allem Osteuropa galten und wo sich im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts rassistische Theorien gegenüber Polen und anderen Osteuropäischen Völkern artikulierten. Spätestens gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts wird, mit der Entstehung des modernen Imperialismus, der Rassismus zu einem festen Bestandteil der Ideologie der herrschenden Klassen der führenden Industrienationen.

Der Einfluß dieser Ideologie auf das soziale und politische Leben der imperialistischen Länder selbst blieb zunächst beschränkt. Doch eine Reihe weiterer Faktoren führte dazu, daß er sich zusehends zu einer einflußreichen Kraft auch innerhalb der Masse der Bevölkerung dieser Länder entwickeln konnte. Zwei Aspekte sind dabei besonders hervorzuheben.

In dem Moment, in dem das Kapital sich nicht mehr darauf beschränkte, Rohstoffe aus den kolonisierten Ländern zu beziehen oder Waren und Kapital dorthin zu exportieren, sondern begann, auch Arbeitskräfte von dort in die Industrieländer selbst zu importieren, wurde eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbreitung des Rassismus geschaffen. Mit dem Beginn der Arbeitsimmigration wird nämlich die Unterdrückung der kolonialen Völker, die sich zunächst in den Kolonien abspielte, in den Industrieländern selbst reproduziert. Ein besonders anschauliches Beispiel für diesen Vorgang liefern die USA, wo der Rassismus schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt, durch die Einführung der Sklaverei, zu einem entscheidenden Element der sozialen Beziehungen wurde.

des Rassismus in der Gesetzgebung und der Gesellschaftspolitik mit sich bringt.

Aber dies erklärt nicht, wieso der Rassismus auch innerhalb der arbeitenden Bevölkerung an Boden gewinnt. Der Umstand, daß der ausländische Arbeiter dem einheimischen auf dem Arbeitsmarkt als Konkurrent gegenübertritt, der zudem häufig gezielt als Lohndrücker eingesetzt wird, ist hierbei sicher ein nicht zu unterschätzender Faktor. Doch auch ohne den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte gehört das Bemühen, verschiedene Sektionen der Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen, schon immer zum Instrumentarium unternehmerischer Strategie. Aber es gelang der Arbeiterschaft meistens, durch gewerkschaftliche Organisation solchen Spaltungsbestrebungen entgegenzuwirken. Daß dies im Fall der Ausländerbeschäftigung nicht so ist, daß es also gelingt, die Spaltung der Bevölkerung in in- und ausländische Arbeitskräfte auch ideologisch innerhalb der Arbeiterklasse durchzusetzen, ist das Resultat politischer Einflüsse, die innerhalb der Arbeiterbewegung wirksam werden.

Um diese zu begreifen ist es notwendig, auf die Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen einzugehen, die gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts in den Industrieländern eintritt. Wie schon gesagt, ist der Rassismus nicht, wie oft behauptet wird, ein subjektives oder psychologisches Phänomen, das einer irgendwie in der menschlichen Natur verwurzelten 'Abneigung' gegenüber fremden oder anders-aussehenden Menschen entspringt. Sondern seine Wurzeln sind, wie wir uns zu zeigen bemüht haben, materieller, gesellschaftlicher Natur. Das Potential für die Entwicklung des Rassismus entsteht mit der Unterdrückung der wirtschaftlich weniger entwickelten Weltgebiete. Es entfaltet sich weiter mit der Entstehung der modernen kapitalistischen Arbeitsimmigration. Aber daß der Rassismus dann tatsächlich zu einer einflußreichen Ideologie in der Gesellschaft wird, erklärt sich durch einen weiteren Faktor: dem Einfluß des Nationalismus. Rassistische Ideologie ist letztlich nichts anderes als eine Erscheinungsform des Nationalismus. Ihr Einfluß

Die Vorzüge einer solchen Spaltung des Arbeitsmarkts preist eine Studie des Preußischen Handelsministeriums aus dem Jahre 1895, in der festgestellt wurde:

'Beschränkte man die Industrie auf inländische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine größere Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehrten sich dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen könne man ausländische Arbeiter in solchem Falle ohne weiteres abstoßen'(2).

Durch die Einführung von Sondergesetzen wird die Unterdrückung von ausländischen Arbeitskräften, die sich vormals in den Plantagen und Bergwerken der kolonialen Gebiete abspielte, in den westlichen Industrienationen selbst reproduziert.

Dementsprechend kommt es auch zur Ausbreitung und Vertiefung der rassistischen Ideologie. Die Propagierung rassistischer Ideen, Ängste und Vorurteile nimmt in der bürgerlichen Politik und Propaganda gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts immer breiteren Raum ein. Im deutschen Reich der achtziger Jahre wurde zum Beispiel die 'überfremdung' Deutschlands durch 'unzivilisierte', 'kriminelle', 'faule' und 'politisch unzuverlässige' polnische Wanderarbeiter bereits zum Reizthema Nummer 1 Deutschnationaler Politiker und ihrer Presse. Schon früh erkannte man, daß die Diskriminierung ausländischer Arbeiter geeignet ist, die gesamte arbeitende Bevölkerung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ideologisch zu disziplinieren. So stellte eine weitere Studie des Preußischen Innenministeriums fest, die jährliche zwanghafte Rückführung polnischer Wanderarbeiter sei das einzige Mittel 'auch der heimischen Bevölkerung immer wieder zum Bewußtsein zu bringen', daß ausländische Arbeiter 'nur geduldete Fremdlinge seien' und somit zu vermeiden, daß 'die ausländisch-polnischen Arbeiter zu einer Eheschließung mit einer deutschen Staatsangehörigen und Grundung einer Familie schritten' (3). Schon früh stellt sich heraus, daß die Einführung eines gespaltenen Arbeitsmarkts die Institutionalisierung

werden den Funktionären der Arbeiterbewegung erstmals Möglichkeiten der Kooperation und der Einflußnahme im bürgerlichen Staat eröffnet. In jedem imperialistischen Land beginnt die Führungsschicht der Arbeiterbewegung zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung mit dem Erhalt und dem Ausbau ihrer eigenen Positionen innerhalb des Staates gleichzusetzen. Damit tritt ein entscheidender Wandel in der Politik der Arbeiterbewegung ein: an die Stelle der Feindseligkeit oder zumindest des Mißtrauens gegenüber dem Unternehmerstaat tritt die Kooperation in der Verwaltung des Systems; an die Stelle des Anspruchs, die Interessen der arbeitenden Menschen aller Länder und Völker zu vertreten, tritt die Identifikation mit dem Wohlergehen der 'eigenen' Nation und ihres Staats, dem man sich jetzt zugehörig fühlt.

Damit bereitet sich die politische Spaltung der internationalen Arbeiterklasse vor, die im Jahre 1914, als die sozialdemokratischen Parteien aller Nationen die Arbeiter zur Unterstützung ihres jeweiligen Staats im ersten Weltkrieg aufrufen, erstmals eklatant zum Tragen kommt. Die Vorstellung, Arbeiter könnten ihre Interessen am besten durch ihren 'eigenen' Staat realisieren, führte zur politischen Zerrüttung der internationalen Arbeiterbewegung und zur Unterordnung der arbeitenden Bevölkerung unter die nationalen Interessen ihrer jeweiligen Unternehmerklassen. Die furchtbaren Auswirkungen dieses Vorgangs wurden schon zu Beginn des Jahrhunderts deutlich, als führende deutsche Sozialdemokraten sich für den Erwerb deutscher Kolonien in Afrika und für repressive Maßnahmen gegen die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte aussprachen (4). Die Vorstellung, ausländische Arbeiter seien ein Problem oder eine Bedrohung für deutsche, der deutsche Imperialismus hingegen eine zivilisatorische Wohltat für die unterdrückten Völker der Welt, galt nun auch innerhalb der Arbeiterbewegung als konsensfähig. Die Grundlage für das Eindringen rassistischer Vorstellungen in breite Schichten der Gesellschaft war somit geschaffen.

Die Erfahrung zweier Weltkriege und der faschistischen Diktatur hat dazu geführt, daß der Nationalismus in der heutigen Gesellschaft

innerhalb der Gesellschaft kommt in dem selben Maße zum Tragen, in dem der Nationalismus die Ideen der arbeitenden Bevölkerung in den Industrienationen zu prägen beginnt.

Dieser Prozeß beginnt mit der Entwicklung des Imperialismus gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Zur Spaltung der Welt in ausbeutende und ausgebeutete Nationen, die zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen ist, kommt nun auch die zunehmende Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz der Industrienationen untereinander. Damit werden internationale Konflikte und Spannungen, die sich schließlich in den beiden Weltkriegen des zwanzigsten Jahrhunderts und in unzähligen lokalen Kriegen entladen, zu einem prägenden Element des Kapitalismus.

Aber auch im Inneren der führenden Industrienationen kommt es in diesem Zusammenhang zu einem bedeutenden gesellschaftlichen Wandel. Der durch die Ausbeutung der restlichen Welt und das enorme Wachstum der Produktivkräfte in den imperialistischen Ländern angehäufte Reichtum ermöglicht es der herrschenden Klasse, soziale Reformen einzuführen und einen, wenn auch kleinen, Teil des geschaffenen Reichtums in Form von besseren Löhnen, verbilligten Konsumgütern und sozialen Leistungen an die arbeitende Bevölkerung zu verteilen. Damit entsteht die materielle Basis für ein gewisses Maß an sozialer Harmonie und klassenübergreifendem gesellschaftlichen Konsens. Eine privilegierte Schicht von Arbeitern bildet sich heraus, die beginnt, ihr eigenes materielles Interesse mit dem Erfolg der 'eigenen' Deutschen, Britischen oder Französischen Industrie und Wirtschaft zu identifizieren. Damit hört der Nationalismus auf, nur eine Ideologie der herrschenden Eliten zu sein. Er findet Eingang unter der Masse der arbeitenden Bevölkerung.

Die Führung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung spielt in diesem Prozeß eine entscheidende Rolle. Durch Reformen wie der Zulassung von Gewerkschaften, der Erweiterung des Wahlrechts und der Schaffung 'sozialer Einrichtungen', zum Beispiel der Kranken- und Altersversorgung,

DER RASSISTISCHE STAAT

Februar 1988: Ein 32 Jahre alter Asylbewerber aus Senegal wird vom Amtsgericht Frankfurt zu zehn Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Der Grund: er hatte mehrmals seine Verlobte in Frankfurt besucht und somit gegen seine Aufenthaltsbeschränkung für den Schwalm-Eder-Kreis verstoßen.

Juni 1988: Zwei Tübinger Supermarktangestellte, die im vergangenen Herbst einen vermeindlichen Iranischen Ladendieb zu Tode würgten, werden mit einer Strafe von 18 Monaten auf Bewährung bedacht.

Die Tötung eines Iraners ist Tübinger Richtern nicht einmal eine Haftstrafe wert, aber das geringfügigste Vergehen gegen unmenschliche Asylverordnungen wird von bundesdeutschen Gerichten gnadenlos geahndet. Das ist der Justizalltag der BRD. Die Selbstverständlichkeit, mit der solche Urteile gefällt und in der Presse kommentarlos registriert werden, verdeutlicht das Ausmaß des institutionalisierten Rassismus in der BRD.

Die Grundlage des institutionalisierten Rassismus bilden Sondergesetze, die die Ungleichbehandlung von Ausländern ausdrücklich vorschreiben. Im geltenden Ausländergesetz aus dem Jahre 1965 wird die Rechtlosigkeit des Ausländers zynisch wie folgt verordnet:

'Ausländer genießen alle Grundrechte mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), der Vereinsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 GG), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Art. 12 Abs. 1 GG) sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland (Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG)....

wesentlich tiefer verankert ist, als es zu Anfang des Jahrhunderts der Fall war. Immerhin gab es bis Mitte der zwanziger Jahre einflußreiche oppositionelle Strömungen, die der chauvinistischen Ideologie der offiziellen Arbeiterparteien eine internationalistische Politik der Arbeitersolidarität entgegenstellten. Heute hingegen gilt es sozusagen als natürlich, Nationalist zu sein. Die Vorstellung, als deutscher Arbeiter verbinde einen mehr mit deutschen Unternehmern als mit ausländischen Arbeitern - seien sie Amerikaner, Afrikaner oder Belgier - ist inzwischen selbstverständlich geworden. Ebenso selbstverständlich ist es heute, den deutschen Staat nicht als politisches Organ der Unternehmerklasse, sondern als eine neutrale, allen Teilen der Bevölkerung dienende Einrichtung zu betrachten. Solange dies der Fall ist, werden nationalistische und rassistische Ideen ihren Einfluß innerhalb der Gesellschaft bewahren und - gerade in Krisenzeiten - auch erweitern können.

Aus all dem folgt, daß der Kampf gegen den Rassismus im Wesentlichen ein Kampf gegen den Nationalismus zu sein hat. Um dem Rassismus wirksam zu begegnen, muß die Vorstellung, deutsche Arbeiter hätten mehr gemein mit deutschen Unternehmern als mit Arbeitern anderer Länder zu einem zentralen Gegenstand politischer Auseinandersetzung gemacht werden. Denn es ist letztlich diese Vorstellung, aus der der Rassismus seinen Einfluß in der Gesellschaft bezieht.

diese Gesetze seien dazu da, 'uns alle' davor zu schützen, daß 'zu viele' Ausländer ins Land kommen - eine Vorstellung, die natürlich von reaktionären Kräften propagandistisch manipuliert wird um zu suggerieren, die Unterdrückung von Ausländern sei im Interesse aller Deutschen.

Aber auch Gegner der offiziellen Ausländerpolitik haben zur Verschleierung der Funktion von Ausländergesetzen beigetragen. Die Vorstellung, das bestehende Ausländergesetz sei ungerecht und repressiv und müsse daher reformiert werden, erfreut sich einer großen Anhängerschaft in Ausländerinitiativen und anderen oppositionellen Gruppierungen. Die Grüne Partei hat zu diesem Zweck sogar einen Entwurf für ein alternatives 'humanes' Ausländergesetz vorgelegt (6). Daß Ausländergesetze offensichtlich den Zweck haben, Menschen zu unterdrücken, daß es daher nur Unsinn sein kann, von der 'Reformierbarkeit' solcher Gesetze zu sprechen, wird hier gänzlich übersehen. Die Absurdität der Forderung nach 'humanen' Ausländergesetzen ist frappant. Aber sie veranschaulicht andererseits auch nur, welche Verwirrung zwangsläufig eintritt, wenn Ausländerpolitik losgelöst von den gesellschaftlichen Interessen, die hinter ihr stehen, betrachtet wird.

über ihren direkten arbeitsmarktpolitischen Zweck hinaus erfüllen Ausländergesetze auch eine wichtige ideologische Funktion, die ebenfalls meistens übersehen wird. Indem sie Diskriminierung und Unterdrückung institutionalisieren, geben sie ihnen auch den Status einer gesellschaftlichen Norm. Der Rassismus wird dadurch nicht nur legitim, sondern geradezu zu einer Wertvorstellung. Damit wird der Boden geschaffen, auf dem der inoffizielle Rassismus, der sich in Wandparolen, Föbeleien, tätlichen Angriffen bis hin zu rassistischen Morden und Brandanschlägen manifestiert, ungehindert gedeihen kann. Wenn Politiker in einem Land, in dem 4,5 Millionen ausländische Arbeiter und deren Angehörige leben, behaupten, 'Die BRD ist kein Einwanderungsland', braucht sich auch niemand zu wundern, daß 'Ausländer raus' und ähnliche Parolen auf Häuserwänden und Bahndämmen sprießen.

Aus dem auch für Ausländer geltenden Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG) kann kein Recht auf uneingeschränkte politische Betätigung hergeleitet werden, da sich die Begriffe der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung nicht decken' (5).

Es ist die Funktion des Ausländergesetzes, Ausländern eine untergeordnete Stellung in der Gesellschaft zuzuweisen, die sie von der einheimischen Bevölkerung aussondert und der Verfügungsgewalt des Staates unterstellt. Der Ausländer wird auf diese Weise stigmatisiert und in eine Situation umfassender Unsicherheit und Ungleichheit versetzt. So schafft der Staat optimale Bedingungen für die Nutzung überschüssiger Arbeitskräfte aus den verarmten Regionen der Welt. Diese bilden eine Verfügungsmasse des Kapitals, eine internationale Reservearmee, die bei Bedarf als Konjunkturpuffer eingesetzt und wieder abgestoßen werden kann. Mit Ausländergesetzen hat sich das Kapital ein Instrument verschafft, daß es ihm ermöglicht, die Lohnabhängigen im internationalen Maßstab zu spalten und sich optimal verfügbar zu machen. Ausländergesetze dienen letztlich zu nichts anderem als zur Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung. Schon aus diesem Grunde liegt es im ureigenen Interesse aller Lohnabhängigen, gegen diese Gesetze vorzugehen.

Die Funktion von Ausländergesetzen wird oft mißverstanden. Am weitverbreitetsten ist die Vorstellung, diese Gesetze dienen lediglich dazu, den Zuzug von Ausländern zu regeln. Dies ist zwar durchaus ein Aspekt der Ausländergesetzgebung, aber keinesfalls der entscheidende. Es geht vor allem darum, den Aufenthalt von Ausländern, die hier sind, so zu gestalten, daß der gesellschaftliche Zweck dieses Aufenthalts - die Verfügbarkeit einer flexiblen und billigen Arbeitsreserve - auch erreicht wird. In dem Moment, wo diese gesellschaftliche Rolle von Ausländergesetzen übersehen wird, ist es sehr einfach, sie als ein neutrales, quasi-technisches Instrument zu betrachten, das nichts mit irgendwelchen Ausbeutungs- oder Klasseninteressen zu tun hat. Aus dieser unpolitischen Betrachtungsweise ergibt sich fast von selbst die Schlußfolgerung,

Unter das neue Ausländeraufenthaltsgesetz sollen alle anderen, das heißt die überwiegende Mehrheit der Ausländer fallen. Ihnen soll in Zukunft eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung nur noch 'in Ausnahmefällen' gewährt werden, Ausländer der zweiten Generation dürfen nur dann Ehegatten zu sich holen, wenn sie Einbürgerung beantragen und der Anspruch auf Familiennachzug sowie auf Aufenthaltsberechtigung für volljährige Familienangehörige wird erheblich eingeschränkt. Ausweisungsgründe werden in diesem Entwurf noch einmal in aller Schärfe formuliert. Die im geltenden Ausländergesetz als Ausweisungsgrund aufgeführte 'Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder sonstiger erheblicher Interessen der Bundesrepublik' - die den Behörden ohnehin schon große Ermessensfreiheit einräumt - wird nun durch acht neue Ausweisungsgründe ergänzt. Hierzu zählen 'die Verächtlichmachung und Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland', der Konsum (d.h. nicht etwa nur der Handel) von Drogen, der Bezug von Arbeitslosenhilfe, Wohnverhältnisse, 'die mit den bestehenden Rechtsvorschriften nicht vereinbar sind', 'extremistische' politische Betätigung, sowie der Erhalt einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung (8).

Der neue Entwurf räumt dem Staat bei der Entscheidung über den Verbleib von Ausländern noch größere Willkür ein, als dies unter dem geltenden Gesetz ohnehin schon gegeben ist. Die Funktion des Ausländergesetzes, Ausländern einen unsicheren, ausgegrenzten und jederzeit widerrufbaren Status zuzuweisen, würde damit optimiert. Da in einer Zeit wirtschaftlicher Rezession und Massenarbeitslosigkeit die Gegenwart einer großen Anzahl ausländischer Arbeitskräfte vom Standpunkt der Unternehmer nicht mehr erforderlich oder rentabel ist, soll nun ganz auf eine flexible Beschäftigung von Ausländern auf der Basis zeitlich befristeter Arbeitsgenehmigungen umgestiegen werden.

Durch die Schaffung einer kleinen Gruppe 'privilegierter' Ausländer, denen die Segnungen der Integration zuteil werden, wird gleichzeitig die Spaltung der ausländischen Bevölkerung betrieben. Es tritt nun

Ein Dokument des staatlichen Rassismus

In dem vor wenigen Monaten veröffentlichten Entwurf der Bundesregierung für ein neues Ausländergesetz wird besonders deutlich, daß mit Ausländergesetzen nicht nur ein praktischer, sondern auch ein ideologischer Zweck verfolgt wird. Er beinhaltet eine erhebliche Verschlechterung der Lage der ausländischen Bevölkerung der BRD und präsentiert gleichzeitig rassistische Maximen mit bisher seltener Aggressivität.

Mit diesem Gesetzentwurf soll nun auch die ausländische Bevölkerung in verschiedene Gruppen gespalten werden. Er umfaßt zwei Gesetze - ein **Ausländerintegrations-** und ein **Ausländeraufenthaltsgesetz**. Unter das erste sollen die Ausländer fallen, die sich bereits zum Zeitpunkt der Einreise im Besitz einer 'nicht nur vorübergehenden' Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung befanden. Der damit erfaßte Personenkreis läßt sich nicht exakt bestimmen, liegt aber nach verschiedenen Schätzungen unter 500 000. Diese Menschen sollen nun, so behauptet die Bundesregierung, 'integriert' werden, wobei sie allerdings keinen Zweifel daran läßt, daß es vor allem der Ausländer ist, der seine 'Integrationsbereitschaft' unter Beweis zu stellen hat.

'Den Ausländern obliegt es, sich in die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland einzufügen' und 'die hiesigen kulturellen und politischen Wertvorstellungen zu respektieren'(?), postuliert der Entwurf. Das heißt, integrationsfähig ist nur, wer sich herrschenden Wert- und Ordnungsvorstellungen vollständig unterwirft. Distanz oder Kritik diesen gegenüber ist Ausländern nicht gestattet. Auf deutsch: wenn's ihnen hier nicht gefällt, dann raus mit ihnen. So soll mit Hilfe eines zynischerweise auch noch als Integrationsgesetz bezeichneten Machwerks Ausländern sowie Gegnern der Bonner Ausländerpolitik verdeutlicht werden, daß Ausländer ein Fremdkörper sind, der seine Aufnahme-fähigkeit durch Gehorsam zu beweisen hat. Daß es dem Gesetzgeber hier nicht nur um im engeren Sinn praktische Zwecke geht, sondern vor allem darum ein Klima der Repression zu sanktionieren, ist augenscheinlich.

undemokratisch. Darüber hinaus dienen sie dazu, Rassismus ideologisch in der Gesellschaft zu verankern. Aus all dem folgt, daß Opposition gegen solche Gesetze zu schaffen ein zentrales Anliegen anti-rassistischer Politik werden muß.

DER RASSISMUS IN DER KRISE

Während der letzten Jahre hat die weltweite Wirtschaftskrise auch in Deutschland deutliche Spuren hinterlassen. Die Lebensbedingungen haben sich und werden sich weiter verschlechtern. Neben der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit werden 'unproduktive Kosten', wie Kranken- und Sozialversorgung, gekürzt und die Arbeitsbedingungen den Interessen der Unternehmer angepaßt. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Wochend- und Teilzeitarbeit werden immer häufiger, und Lohnkürzungen, wie sie beispielsweise bei VW schon angekündigt sind, stehen auf der Tagesordnung. In dieser Situation macht sich in der Bevölkerung zunehmender Unmut und Sorge über die Zukunft bemerkbar. Damit gewinnt gerade jetzt der Rassismus besondere Brisanz.

Die Vorstellung, Ausländer seien eine wirtschaftliche Last, wird von Politikern und Medien immer laustarker propagiert. In einer Situation, wo die Aufrechterhaltung profitabler Wirtschaftsbedingungen für Unternehmer immer unpopulärere Maßnahmen

verschärft das ein, was ein Beobachter der nationalsozialistischen 'Fremdarbeiter'-Politik schon vor vielen Jahren folgenderweise kennzeichnete:

'Die ideologische Grundlage, auf der diese Arbeit von 'Nicht-Germanen' stattfindet, ist die neue Konzeption des internationalen Rechts, die den Schutz der Minderheiten beseitigt und sie durch den Begriff der Volksgruppen ersetzt hat. Er erlaubt den deutschen Herren, zwischen den verschiedenen nationalen Gruppierungen scharf zu unterscheiden und den einen mehr, den anderen weniger und den dritten überhaupt keine Rechte oder was auch immer zu gewähren (9)'.

Neben der Flexibilisierung der Arbeitskraft, der Spaltung der ausländischen Bevölkerung und der Durchsetzung reaktionärer Ordnungsvorstellungen, geht es der Bonner Regierung mit diesem Entwurf jedoch auch noch um eine weitere politische Zielsetzung: nämlich die propagandistische Aufwertung des Nationalismus. Wie die eingangs zitierte Passage aus der Begründung des Entwurfs belegt, will man die 'Homogenität' der Deutschen Nation per Gesetz zum höchsten Ziel deutscher Politik erklären. Daß hier auch ein außenpolitisches Programm angesprochen ist - nämlich die Wiedereinverleibung der durch den zweiten Weltkrieg verlorenen Ostgebiete - ist offensichtlich. Aber innenpolitisch geht es darum festzuhalten, daß sich alles und alle dem deutschen 'nationalen Interesse', im Klartext: den Interessen der Unternehmer und ihres Staats, zu fügen haben. Daß das Ausländergesetz neben seiner direkten Rolle als Unterdrückungsinstrument den Ausländern gegenüber auch noch die Rolle hat, die Bevölkerung insgesamt ideologisch zu disziplinieren, zeigt gerade dieser neue Gesetzentwurf in aller Deutlichkeit.

Für Gegner der Ausländerunterdrückung ist die uneingeschränkte Beseitigung der Ausländergesetze die einzig konsequente politische Forderung. Ausländergesetze sind ihrem Wesen nach rassistisch und

Selbst Leute, die vor wenigen Jahren dem Argument, Ausländer seien Schuld an der Arbeitslosigkeit, kein Gehör geschenkt hätten, beginnen allmählich zu glauben, es sei vielleicht doch etwas dran.

Solche Vorstellungen können vor allem deshalb Verbreitung finden, da auch SPD und Gewerkschaften in der BRD eine ausgeprägt nationalistische Ideologie und Politik vertreten. In kaum einem anderen Land Europas ist das Bewußtsein der gegensätzlichen Klasseninteressen in der Gesellschaft seit den dreißiger Jahren so sehr verschüttet worden, wie in der BRD. Dies ist vor allem eine Folge der Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Faschismus. Nach dem Kriege etablierte sich in der BRD eine Gesellschaft, die vollständig von den Ideen der Interessengemeinschaft von Unternehmern, Staat und Arbeiterschaft geprägt war und ist. Das Konzept der 'Sozialpartnerschaft' beschreibt diesen Charakter der Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in der BRD treffend.

Er hatte zur Folge, daß auch in den wiedergegründeten Gewerkschaften und der SPD eine ausgeprägt nationalistische Ideologie zum Vorschein trat. Diese drückte sich in den siebziger Jahren besonders deutlich aus, als der SPD-Kanzler Helmut Schmidt mit dem Schlagwort 'Modell Deutschland' Arbeiter und Gewerkschaften zur Mitarbeit bei der Steigerung der Produktivität und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufforderte. Die Reaktion von Gewerkschaften und SPD auf das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise seit den siebziger Jahren ist es, verstärkt die Identifikation der Arbeiterschaft mit dem Konkurrenzkampf deutscher Unternehmer gegen Japanische, Amerikanische und andere ausländische Konkurrenten zu propagieren. Diese Politik hat überaus negative Folgen. Arbeiter werden dazu gedrängt, die Maßnahmen, die die Unternehmer brauchen um konkurrenzfähig zu sein - nämlich Lohndruck, Arbeitsintensivierung und Stellenabbau - widerstandslos hinzunehmen. Gleichzeitig wird die Idee der nationalen Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft aufs Neue verstärkt.

erfordert, bietet Ausländerhetze ein willkommenes Mittel zur Kanalisierung wachsender Unzufriedenheit. Aber auch in der Bevölkerung wächst die Aufnahmebereitschaft für rassistische Ideen.

Die Tatsache, daß es keine Alternative zu der Politik des Sozial- und Arbeitsplatzabbaus zu geben scheint, daß auch die SPD und - etwas verhaltener - die Gewerkschaften Lohnverzicht und andere unternehmerfreundliche Maßnahmen befürworten, schafft ein Klima der Resignation und Ratlosigkeit. Hinzu kommt, daß die Erfahrung erfolgloser Arbeitskämpfe - wie zum Beispiel in Rheinhausen - das Vertrauen in die Möglichkeit durch kollektiven Kampf gegen die Unternehmer die eigene Lage verbessern zu können, erschüttert hat. Hierdurch verstärkt sich die Individualisierung und Atomisierung der arbeitenden Bevölkerung. Jeder einzelne steht unter zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Druck und sieht, in Ermangelung einer überzeugenden Alternative, die einzige Möglichkeit darin, sich selbst so gut es geht durchzuschlagen.

Dieser Tendenz könnte nur eine politisch überzeugende Linke, die zeigt, daß es möglich ist, Arbeiterinteressen gegen Unternehmer und Politiker zu verteidigen, entgegenwirken. Doch gerade heute befindet sich die deutsche Linke in einem Zustand beispielloser Zerrüttung. In dieser Situation können reaktionäre Ideen an Einfluß gewinnen. Immer mehr Menschen denken es sei am Besten, sich ganz auf sich selbst und seine Familie zurückzuziehen. Man beginnt sich dem Leistungsdruck im Betrieb anzupassen. Mehr Leute fangen an, sich mit dem Gerede über die Probleme des 'Produktionsstandorts' BRD zu identifizieren. Kurz: ein 'neuer Realismus', der im Grunde nichts anderes ist als die uralten Unternehmer-Werte der Nation, der Ordnung, der Marktwirtschaft und der Familie, gewinnt an Einfluß. Damit nimmt auch die Resonanz für rassistische Propaganda zu.

Da alle Parteien davon reden, daß irgend jemand - bloß nicht die Unternehmer - den Gürtel enger schnallen muß, gewinnt das Argument, es sollten, wenn schon, dann doch erst mal die Ausländer sein, denen die Kosten der Krise aufgebürdet werden, an Überzeugungskraft.

Aber heute sind es nicht rechts-extreme Gruppen, die eine Bedrohung für Ausländer und für die arbeitende Bevölkerung der BRD darstellen. Es ist der offizielle, alltägliche Rassismus, der Ausländer immer intensiverer Repression und Diskriminierung aussetzt. Damit wird gleichzeitig ein Klima der Reaktion geschaffen, in dem Unternehmer und Staat die Wende zu einer Politik des Arbeits- und Sozialabbaus, der Kriminalisierung von Ausländern und anderen 'unliebsamen' gesellschaftlichen Gruppen - zum Beispiel Homosexuellen und Lesben, Frauen, die eine Abtreibung wünschen oder jugendlichen Arbeitslosen - ungehindert fortsetzen können.

Darüber hinaus bildet der Rassismus auch die ideologische Grundlage, auf der eine aggressive deutsche Außenpolitik innerhalb der Bevölkerung propagiert werden kann. Schon jetzt ist es Politikern und Medien gelungen, mit Hilfe jahrelanger Hetzpropaganda gegen Iraner und andere Völker des Nahen Ostens, das Bild des 'fanatischen', 'terroristischen' Arabers in weiten Teilen der Bevölkerung tief zu verankern. Mit rassistischer Propaganda wird letztlich auch der Boden dafür bereitet, daß eine aggressive, militaristische Außenpolitik innenpolitisch durchsetzbar wird.

Die verheerenden Konsequenzen des Rassismus liegen auf der Hand. Er führt zur Spaltung der arbeitenden Bevölkerung und vertieft ihre politische Ohnmacht gegenüber den Unternehmern und dem Staat. Er erlaubt es dem Staat, repressive Maßnahmen durchzusetzen, die sich zunächst gegen Ausländer und andere sogenannte 'Randgruppen' richten, aber sich allmählich auch auf andere Teile der Gesellschaft ausdehnen. Wo es als akzeptabel gilt, Flüchtlinge in Zwangsunterkünften einzusperren, entsteht ein politisches Klima, in dem auch die Einkesselung von Demonstranten, die 'präventive Aussperrung' von Arbeitern oder Haftstrafen für Brücken-besetzende Stahlarbeiter durchsetzbar werden. Der Rassismus schafft eine Gesellschaft, die von sozialer Demagogie beherrscht ist und in der der Ruf nach dem 'starken Staat', der die BRD gegen vermeindliche Feinde im Inneren wie im äußeren verteidigt, sich breit machen kann.

Auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag der IG-Chemie bezeichnete deren Vorsitzender Hermann Rappe deutsche Unternehmer, die im Ausland investieren, als 'vaterlandslose Gesellen'. Der Vorwurf, Unternehmer seien nicht patriotisch genug, ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie sehr Gewerkschaftspolitik in der BRD von nationalistischen Vorstellungen durchdrungen ist. Damit aber wird auch dem Einfluß des Rassismus innerhalb der Bevölkerung Tür und Tor geöffnet. Denn dem Standpunkt, auch deutsche Arbeiter hätten ein Interesse am Konkurrenzkampf gegen Japan oder Südkorea, schließt sich logisch die Vorstellung an, nicht deutsche Unternehmer, sondern Türkische Arbeiter oder Senegalesische Flüchtlinge, seien Schuld an der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsknappheit oder dem Sozialabbau.

Daß rechte Politiker mit ihrer Ausländerhetze das gesellschaftliche Klima in der BRD beherrschen können, liegt also letztlich daran, daß ihnen keiner widerspricht. Es ist nicht wegen ihrer intellektuellen Überzeugungskraft, daß rassistische Argumente Anklang finden, sondern weil sich ein alternativer, an den wirklichen Interessen der Lohnabhängigen orientierter Standpunkt nirgends artikuliert.

In der Krise hat das Fehlen einer anti-rassistischen und anti-nationalistischen Politik in der BRD schwerwiegende Folgen. Es bedeutet, daß sich reaktionäre Ideen in der Gesellschaft ungehindert ausbreiten können. Menschen, die gegen den Rassismus sind - und das sind durchaus viele - bleiben isoliert und ohne Einfluß auf die politische Diskussion. Wie schnell sich unter solchen Bedingungen der Rassismus zu einer Massenkraft entwickeln kann, zeigt das Beispiel Frankreichs, wo Le Pens neo-faschistische Front National bei den letzten Präsidentschaftswahlen über 14 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte. Daß eine solche Entwicklung auch in der BRD möglich ist, verdeutlichte der Ausgang der letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg, in denen beinahe sechs Prozent der Wähler für verschiedene rechts-extreme Parteien stimmten.

Das liegt vor allem daran, daß der Rassismus im allgemeinen nicht als politisches Problem betrachtet wird, sondern als ein Verstoß gegen moralische Werte, der von allen 'wohlmeinenden' Menschen zu ächten ist. Damit wird übersehen, daß es gesellschaftliche Gruppen gibt, die an der Unterdrückung ausländischer Arbeiter durchaus ein Interesse haben. Hinter dem moralistischen Ansatz, der den meisten ausländerpolitischen Gruppierungen gemeinsam ist, steckt die Illusion, die kapitalistische Gesellschaft, in der wir leben, könne moralisch, nicht-repressiv und egalitär sein. Es wird nicht erkannt, daß der Rassismus materiell in dieser Gesellschaftsordnung verwurzelt ist. Statt dessen wird der Eindruck erweckt, er sei eine unerfreuliche, irrationale Erscheinung in einer ansonsten von Rationalität und Menschlichkeit geprägten Welt.

Hieraus ergibt sich die Tendenz, anti-rassistische Politik nicht in den konkreten sozialen und politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung, sondern in abstrakten Apellen an Menschenrechte und Humanität zu verankern. 'Wir sind kein Atommüll. Wir wollen nicht mehr verschoben und zwischengelagert werden. Wir brauchen Wohnungen' - so formulierte kürzlich eine Frankfurter Flüchtlingsinitiative einen Aufruf zur Unterstützung wohnungssuchender Flüchtlinge (10). Wie hier, so artikuliert sich in tausend ähnlichen Flugblättern anti-rassistische Politik als Apell an das Mitleid. Das Mitleid aber ist eine denkbar schwache Grundlage für anti-rassistische Politik. Dem Argument, daß auch viele deutsche in schlechten Wohnverhältnissen leben und daß diese Vorrang haben sollten, ist mit Mitleids-Apellen nicht zu begegnen. Nur ein politischer Ansatz, der aufzeigt, daß es im Interesse auch der deutschen Bevölkerung ist, gegen die diskriminierende Behandlung von Flüchtlingen vorzugehen - gerade weil auch sie unter Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau leidet - kann Menschen motivieren solidarisch zu handeln und politisch aktiv zu werden.

Nur so kann der Anti-Rassismus sich endlich vom Geruch der Sozialarbeit befreien, der ihm heute bedauerlicherweise anhaftet und der auf viele Menschen demobilisierend wirkt. Heute gibt es in der

Es ist im Interesse aller Lohnabhängigen, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Die Möglichkeiten, anti-rassistische Politik zu entfalten, sind heute größer denn je. Die Krise und das Fehlen einer effektiven Opposition haben zwar einerseits dazu geführt, daß rassistische Ideen in Teilen der Bevölkerung mehr Anklang finden. Gleichzeitig bewirken sie aber auch eine entgegengesetzte Tendenz.

Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, der zunehmend repressive Charakter der Gesellschaft und das Versagen traditioneller linker Politik führen auch dazu, daß mehr und mehr Leute neue Perspektiven suchen. Die Chancen, die sich damit eröffnen, sollten Anti-Rassisten nutzen um in der Bevölkerung für konsequente Opposition gegen Rassismus und Nationalismus zu werben.

FÜR EINE ANTI-RASSISTISCHE BEWEGUNG

Die Darmstädter Initiative gegen Rassismus hat sich zum Ziel gesetzt, den Grundstein für den Aufbau einer anti-rassistischen Bewegung in der BRD zu legen. Trotz verschiedener Ansätze gibt es in der BRD bis heute keine anti-rassistische Opposition. Zwar gibt es viele Gruppen und Initiativen, die für die Rechte der Ausländer eintreten. Aber es fehlt ihnen eine klare, tragfähige Perspektive.

Faschismus kann sich gerade deshalb im geeigneten Zeitpunkt zu einer sozialen Kraft entwickeln, weil der normale, alltägliche Rassismus in der Gesellschaft bereits unwidersprochen hingenommen wird. Dieser bildet einen idealen Nährboden für die Entfaltung rechts-extremer Strömungen. Dem ist nicht dadurch zu begegnen, daß man neo-nazistische Gruppen bekämpft, sondern indem eine Opposition gegen alle Erscheinungsformen des Rassismus geschaffen wird.

Auch in der Flüchtlingsarbeit ist eine Fixierung auf extreme Auswüchse des Rassismus zu beobachten. Daß sich als Reaktion auf die Flüchtlingshetze des Sommers 1986 eine große Zahl von Gruppen bildete, die sich gegen diese auflehnten, ist eine der positivsten Entwicklungen auf der west-deutschen Linken während der letzten Jahre. Aber diese Bewegung krankt an der oft unpolitischen Weise, in der das Flüchtlingsproblem aufgegriffen wird. Neben der beschriebenen Tendenz zur Sozialarbeit, kommt nämlich auch hier die Selbst-Beschränkung auf die Anprangerung der barbarischen Folgen der Flüchtlingspolitik zum Tragen.

In der Argumentation in der Öffentlichkeit beschränkt man sich zum Beispiel bei Abschiebungen oft auf den Hinweis, daß damit Flüchtlinge in den Tod oder ins Gefängnis ausgeliefert werden. Während die Rechte das Flüchtlingsthema dazu benutzt, aggressive politische Propaganda über die vermeindliche 'Überflutung' der BRD mit Flüchtlingen zu entfalten, besteht unter Anti-Rassisten die Tendenz sich auf rein humanitäre Standpunkte zurückzuziehen. Statt politisch der Herausforderung der Rechten zu entgegnen, indem man offensiv die Forderung für das uneingeschränkte Recht auf Binreise von Flüchtlingen stellt, begibt man sich in die Defensive. Die Folge ist: das Feld der Politik wird den Rassisten überlassen; die Möglichkeiten, den Abscheu, den viele Menschen angesichts der barbarischen Behandlung von Flüchtlingen empfinden, politisch zu organisieren, werden verspielt.

Wenn anti-rassistische Aktivität sich auf das Niveau humanitärer Apelle gegen besonders einprägsame Auswüchse der Ausländerpolitik

BRD in beinahe jeder Stadt Asylgruppen, die sich um das Schicksal der politischen Flüchtlinge kümmern. Das Problem ist, daß sie beinahe ausnahmslos den Schwerpunkt ihrer Arbeit darin sehen, Flüchtlingen mit Behördengängen, Kleidersammlungen und ähnlichem humanitäre Hilfe zu geben. Dies sind lobenswerte Aktivitäten - aber eine Veränderung der Lage der Flüchtlinge bewirken sie nicht. Im Gegenteil: politische Energien, die der Entfaltung anti-rassistischer öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit dienen, und längerfristig wirkliche Veränderungen herbeiführen könnten, verschleißen sich in Sozialarbeit. Statt die brutale Mißhandlung von Flüchtlingen zum Anlaß zu nehmen, Menschen politisch aufzurütteln, versinken solche Gruppen in Kleinarbeit und werden wirkungslos.

Eine andere politische Vorgehensweise, die ebenfalls nicht geeignet ist, dem Rassismus wirksam zu begegnen, ist die Fixierung mit dessen Extremformen. Es gibt in der BRD eine Vielzahl von anti-faschistischen Gruppen, die sich dem Kampf gegen neo-nazistische Aktivitäten widmen. Demonstrationen gegen Ausländergesetze oder Abschiebungen sind in der BRD eine Rarität. Doch wenn Neonazis in der Öffentlichkeit auftreten, finden sich stets Gegendemonstranten ein. Zweifelsohne gehört es zur anti-rassistischen Arbeit, Ausländern physischen Schutz gegen militante reaktionäre Kräfte zu bieten. Aber die Fixierung mit dem Neo-Nazismus basiert auf einem politischen Mißverständnis. Schließlich werden Ausländer heute nicht durch rechts-extreme Gruppen, sondern durch den demokratischen Staat unterdrückt und von respektablen bürgerlichen Politikern dem Ausländerhaß ausgesetzt. Nicht der Rechts-Extremismus ist heute eine politische Bedrohung für Ausländer, sondern der alltägliche, institutionalisierte Rassismus. Mit der Fixierung auf extreme Randerscheinungen wird den wirklichen politischen Aufgaben ausgewichen. Ausländergesetze, Abschiebungen, Diskriminierung am Arbeitsplatz - dies sind die Dinge, an denen anti-rassistische Arbeit ansetzen muß.

Die Konzentration auf den Nazismus leistet ironischerweise sogar der potentiellen Entfaltung rechts-extremer Kräfte Vorschub. Denn der

subjektiver, psychisch begründeter Vorurteile gegenüber Menschen fremder Kultur. Demnach sehen sie die Förderung kultureller Verständigung und Annäherung zwischen Deutschen und Ausländern, als das geeignete Mittel, dem Rassismus zu begegnen. Dieser Ansatz hat, im Unterschied zu den bereits beschriebenen, zumindest den Vorzug, daß er dem Problem theoretisch auf die Spur zu kommen sucht und erkennt, daß es darum gehen muß, die Einstellung von deutschen gegenüber Ausländern zu ändern. Aber statt zu sehen, daß rassistische Einstellungen gesellschaftlich produziert werden, verlagern die Vertreter des Multi-Kulturalismus das Problem in die individuelle Psyche.

Dementsprechend gestaltet sich die praktische Umsetzung dieses Ansatzes als Bemühen, Menschen 'fremde Kulturen' näherzubringen. Das Problem ist, daß auch Rassisten durchaus Liebhaber orientalischer Musik oder der Türkischen Küche sein können. Umgekehrt ist es nicht notwendig, ausländische Kulturen zu lieben um ein aktiver und konsequenter anti-Rassist zu sein. Die Vorstellung, das eine ergebe sich aus dem anderen entspricht nicht der Realität. Kulturelle Neigungen sind eine Frage des persönlichen Geschmacks oder der Konvention. Der Rassismus ist eine Frage der politischen Einstellung. Ihm kann nur durch politische Argumente, nicht durch kulturelle Aktivität, begegnet werden.

Ein Mensch, der meint, der Staat gebe zu viel Geld für Türken aus, wird durch den Hinweis auf die Schönheiten der Türkischen Kultur und Lebensweise nicht sehr zu beeindruckt sein. Aber mit dem Argument, daß es die Profitinteressen der Unternehmer sind, die dazu führen, das uns allen die sozialen Ausgaben und Einrichtungen gekürzt werden, kann man ihn zumindest zwingen, seinen eigenen Standpunkt zu rechtfertigen. Nur durch politische Argumentation kann ein Dialog eröffnet werden, in dem wir zwar vielleicht nicht immer gewinnen, aber mit dem klare politische Fronten geschaffen werden.

Zusammenfassend läßt sich das Problem der anti-rassistischen Politik heute dahingehend kennzeichnen, daß sie sich durch ihre

beschränkt, hat dies jedoch noch weitere negative Folgen. Denn diese Vorgehensweise impliziert, daß normale, alltägliche Formen der Ausländerdiskriminierung durchaus akzeptabel sind. Jeder, der schon einmal in einer Flüchtlingsgruppe die Frage aufgeworfen hat, wie man zu Ausländergesetzen stehe, wird bestätigen können, daß solch wichtige politische Fragen selten diskutiert und demzufolge äußerst kontrovers beantwortet werden. Daß die staatliche Ausländerpolitik in ihrer Gesamtheit undemokratisch und daher zu bekämpfen ist, gerät schnell in Vergessenheit, wenn man versucht, politische Opposition nur an den Extremformen des Rassismus festzumachen.

Dies gilt in noch stärkerem Maße von politischen Ansätzen, die in der Reform des Ausländergesetzes die Lösung für das Problem des Rassismus sehen. Die Idee, der gleiche Staat, der Ausländerdiskriminierung und -mißhandlung systematisch betreibt, könne auf wundersame Weise zum Organ einer menschenfreundlichen und egalitären Politik werden, ist nicht gerade Ausdruck übermäßiger Realitätsnähe. Sie ist nur zu erklären als Ausdruck von Blindheit gegenüber den materiellen Interessen, die hinter der Politik der Ausländerunterdrückung stehen. Daß den Grünen zum Rassismus nichts besseres einfiel, als selbst einen Entwurf für ein alternatives Ausländergesetz vorzulegen, mag zwar angesichts ihres auch sonst scheinbar unerschütterlichen Vertrauens in die Allmacht parlamentarischer Prozesse, nur folgerichtig sein. Aber es hat auch überaus reaktionäre Konsequenzen. Denn indem sich die Grünen zu einem, wenn auch liberaleren, Ausländergesetz bekennen, geben auch sie zu erkennen, daß sie eine, wie auch immer geartete, Form von Einwanderungskontrollen und Ungleichbehandlung von Ausländern befürworten. Statt den Unterdrückungscharakter von Ausländergesetzen zu erhellen, trägt die Befürwortung ihrer Reform nur dazu bei, die Sonderbehandlung von Ausländern, auch unter linken und anti-rassistisch denkenden Menschen, zu legitimieren.

Schließlich gibt es noch einen weiteren einflußreichen politischen Ansatz, der sich aus der Theorie der 'multikulturellen Gesellschaft' herleitet. Seine Verfechter betrachten den Rassismus als Ausdruck

WAS WIR WOLLEN

Anti-rassistische Politik kann nur dann glaubwürdig und überzeugend sein, wenn sie sich den Grundsatz zu eigen macht, daß demokratische Rechte nicht teilbar sind. Entweder man fordert die uneingeschränkte Gleichberechtigung für Ausländer, oder man akzeptiert deren Sonderbehandlung. Es kann nicht 'ein bißchen' Gleichheit und 'ein bißchen' Diskriminierung geben, sondern nur entweder gleiche Rechte für alle, oder die Aufteilung der Gesellschaft in Menschen erster und zweiter Klasse. Daher muß der alles übergreifende Grundsatz für den wir eintreten lauten:

Gleiche Rechte für alle !

Das bedeutet, daß alle Menschen, die in der BRD leben, die gleichen Rechte haben sollen, egal welcher Nationalität sie sind, wie lange sie bereits hier leben oder unter welchen Voraussetzungen ihre Einreise stattfand. Selbstverständlich wird durch **formale** Gleichheit, das heißt Gleichheit vor dem Gesetz, die **soziale** Ungleichheit, von der alle arbeitenden Menschen in dieser Gesellschaft betroffen sind, nicht berührt. Aber es ist gerade die Verweigerung formaler Gleichheit, das heißt der Ausschluß der Ausländer von der Teilhabe an den üblichen politischen und sozialen Rechten, die sie zu Menschen zweiter Klasse stempelt. Daher muß die Forderung nach gleichen Rechten im Zentrum der anti-rassistischen Arbeit stehen.

Hieraus ergibt sich, daß der **staatliche**, in Gesetzen verordnete Rassismus das Problem ist, gegen das vorzugehen ist. Da das Ausländergesetz die Sonderbehandlung von Ausländern in allen Gesellschaftsbereichen begründet, lautet unsere zentrale Forderung:

eigenen politischen Schwächen isoliert und zur Wirkungslosigkeit verdammt. Ihr Moralismus, ihre Fixierung auf extreme Auswüchse des Rassismus, ihre Reform-Utopien und vor allem der Mangel an einer materialistisch begründeten Theorie des Rassismus, ziehen Verwirrung, Perspektivlosigkeit und damit letztlich auch das Erlahmen politischer Energien zwangsläufig nach sich. Das Frustrierendste ist, daß sie sich durch die beschriebenen Mängel selbst ihrer Einflußmöglichkeiten beraubt. Dadurch aber wird es dem Staat und rassistischen Politikern möglich, immer selbstbewußter und aggressiver aufzutreten. Dies führt wiederum dazu, daß man die Stärke des Rassismus überschätzt und das Potential für die Entwicklung anti-rassistischer Opposition, das in Wirklichkeit viel größer ist als es auf den ersten Blick scheint, nicht erkennt.

Um aus dieser selbstverschuldeten Isolation herauszukommen, ist es notwendig, die Grundlagen und die Aufgaben anti-rassistischer Politik zu klären. Hierbei stellen sich im Wesentlichen drei Fragen. Die erste ist: wogegen hat sich anti-rassistische Politik zu richten, die zweite: an wen soll sie sich richten, die dritte: welche Argumente brauchen wir, um anti-rassistische Politik zu popularisieren? In den vielen Diskussionen, die die **Darmstädter Initiative gegen Rassismus** mit verschiedenen politischen Gruppen und Einzelpersonen im Laufe ihrer zehnmonatigen Tätigkeit geführt hat, hat sich immer wieder bestätigt, daß dies die Kernpunkte sind, um die alle Probleme in der anti-rassistischen Politik kreisen. Unsere Plattform enthält unsere Antwort auf diese Fragen. Diese soll nun erläutert werden.

Verfügungen verweigern. Ebenso hervorzuheben sind all jene Bestimmungen, die Ausländer zum Objekt sonder-polizeilicher Maßnahmen machen. Dazu zählen vor allem die Ausweisungsbestimmungen, die es dem Staat erlauben, 'mißliebige' Ausländer auszuweisen und kriminelle Vergehen nicht nur strafrechtlich, sondern auch noch mit der barbarischen Methode der Deportation zu ahnden. Daher ist auch die Forderung

Schluß mit den Ausweisungen!

ein zentraler Aspekt unserer Politik. Hervorzuheben ist auch der Ausschluß der Ausländer von elementaren politischen Rechten. Durch die Bestimmungen des Ausländergesetzes, die das Recht auf politische Betätigung und Organisation beschränken, werden Ausländer politisch unterdrückt. Diese Unterdrückung aufzuheben, so daß Ausländer gleichberechtigt am politischen Leben teilnehmen können, ist eine elementare Voraussetzung für Gleichheit und Demokratie in den Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern. Daher ist, unter anderen, auch die Forderung für ein

Uneingeschränktes Wahlrecht für Ausländer!

zu erheben. Wir haben nicht die Illusion, daß sich allein durch das Wahlrecht die Situation der Ausländer ändern läßt. Aber es ist vollkommen unakzeptabel, daß Ausländer in der BRD von diesem elementaren demokratischen Recht ausgeschlossen sind. Gerade der Kampf für das uneingeschränkte Wahlrecht für Ausländer kann ein sehr wirksames Mittel sein, praktisch in die politische Diskussion einzugreifen und Menschen für die Identifikation mit anti-rassistischen Positionen zu gewinnen. Die Forderung nach dem uneingeschränkten Wahlrecht richtet sich dabei auch gegen politische Ansätze, die auf die Einrichtung von Alibi-Institutionen für Ausländer hinauslaufen. Dazu zählt vor allem die mittlerweile von allen Parteien unterstützte Einrichtung von Ausländerbeiräten. Hier soll Ausländern 'ein bißchen' Mitsprache im politischen Prozeß eingeräumt werden. Solche Einrichtungen sind abzulehnen, da sie den

Weg mit den Ausländergesetzen!

Ausländergesetze sind ihrem Wesen nach rassistisch und daher uneingeschränkt abzuschaffen. Wir sind uns dabei durchaus bewußt, daß diese Forderung nicht kurz- oder mittelfristig zu realisieren sein wird. Aber nur indem wir diese konsequent anti-rassistische Maxime ins Zentrum unserer Politik stellen, kann der gesellschaftliche Konsens, daß es legitim ist, Ausländer gesetzlich zu diskriminieren, konfrontiert werden.

Die Vorstellung, das was gegenwärtig 'mehrheitsfähig' ist, habe der Maßstab für oppositionelle Politik zu sein, ist heute weitverbreitet. Aber wenn wir unsere Forderungen entsprechend dem gegenwärtig herrschenden Konsens zurechtschneiderten, wäre anti-rassistische Politik unmöglich. Der Anti-Rassismus ist heute nicht populär. Er ist zweifellos eine Minderheiten-Position. Aber daran wird sich nie etwas ändern, wenn wir uns, um der kurzfristigen Popularität willen, der 'öffentlichen Meinung' anpassen. Im Gegenteil, nur wenn wir das, was wir für richtig halten, auch öffentlich vertreten, kann es uns gelingen, auf die politische Diskussion einzuwirken und Unterstützung für anti-rassistische Auffassungen zu gewinnen. Die Gewohnheit, das was man wirklich denkt, nur im stillen Kämmerlein oder unter Freunden zu artikulieren, in der praktischen politischen Arbeit hingegen aus, wie es meist heißt, 'taktischen Gründen', sich gegebenen Normen anzupassen, darf nicht unser Vorbild sein. Überzeugen kann nur, wer bereit ist, anti-rassistische Argumente konsequent, logisch und selbstbewußt vorzutragen.

Dem Prinzip der Opposition gegen alle Ausländergesetze schließen sich eine Vielzahl von Forderungen an, die sich aus dem Wust von konkreten Bestimmungen, die das Ausländergesetz und zusätzliche Verordnungen vorschreiben, ergeben. Hervorzuheben sind die Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes sowie der Sozialversicherungs- und Steuergesetze, die ausländische Arbeiter bei der Vergabe von Arbeitsplätzen diskriminieren und ihnen den Anspruch auf gleiche soziale Leistungen und steuerliche

Weg mit den Einwanderungsgesetzen!

Um sich gegen Unternehmer und Staat behaupten zu können, müssen die Lohnabhängigen international solidarisch sein. Um unsere Solidarität gegenüber den von den sozialen Übeln der Profitwirtschaft in besonderem Maße betroffenen Menschen in den wirtschaftlich schwachen und von den führenden Industrienationen ausgebeuteten Ländern unter Beweis zu stellen, muß die Forderung nach Aufhebung der Einwanderungsgesetze in den Vordergrund anti-rassistischer Arbeit gestellt werden. Nur so kann der Vorstellung 'Deutsche kommen zuerst', die die arbeitende Bevölkerung spaltet, wirksam begegnet werden. Die Forderung für ein

Uneingeschränktes Einreise- und Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge!

schließt sich hieran an. Es ist zu verlangen, daß der Staat der BRD die Verantwortung dafür übernimmt, Flüchtlingen in diesem Lande ein menschenwürdiges, gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen. Wie die gerade in jüngster Zeit entflammte Diskussion über deutsche Aussiedler aus Osteuropa zeigt, ist der Staat willens, in den Fällen, in denen er es für angebracht hält, Mittel für die Integration von Menschen aus anderen Ländern bereitzustellen. Wir fordern, daß allen Flüchtlingen die gleichen Lebensbedingungen wie Deutschen gegeben werden, das heißt, neben dem Aufenthaltsrecht: das Recht auf Arbeit, Freizügigkeit, Ausbildung, die üblichen Sozialleistungen, angemessene Wohnverhältnisse sowie alle anderen bereits angesprochenen politischen und sozialen Rechte. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß gerade Flüchtlinge aus Afrika, Asien, dem Nahen Osten und Lateinamerika, die vor Zuständen wie Hunger und Diktatur fliehen, an deren Zustandekommen imperialistische Länder wie die BRD maßgeblich beteiligt sind, hier Aufnahme finden und gleichberechtigt leben können. Daraus ergeben sich auch die Forderungen:

Weg mit dem Asylgesetz!

Schluß mit den Abschiebungen!

Sonderstatus von Ausländern nur bestätigen und darüber hinaus auch noch beschönigen. Auch die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht, die hauptsächlich von der SPD und den Grünen erhoben wird, geht zwar, im Unterschied zu Ausländerbeiräten, in die richtige Richtung, aber ist völlig unzureichend um wirklich gleiche politische Rechte für Ausländer zu erreichen.

Das Argument, mit dem Anti-Rassisten sich am meisten auseinanderzusetzen haben, ist, daß die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer 'zu groß', bzw, daß diese für die BRD eine 'wirtschaftliche Belastung' darstelle. Hieran schließt sich logisch die Forderung, der Staat müsse eingreifen um per Gesetz den Zuzug weiterer Ausländer zu verhindern oder zu beschränken. In den Medien wird eine angebliche 'Ausländerschwemme' für soziale Mißstände, wie Arbeitslosigkeit oder die Kürzung sozialer Leistungen verantwortlich gemacht. Dieser Argumentationsweise muß entschieden entgegengetreten werden.

Die Ursachen für Arbeitsmangel und Sozialabbau liegen im kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem Arbeitsplätze nur dann geschaffen werden, wenn sie Profit für die Unternehmer erwirtschaften. Auch soziale Leistungen werden in diesem System nicht danach bemessen, was Menschen brauchen um zu leben, sondern, was die Unternehmer meinen, für den Erhalt der Gesundheit, Leistungsfähigkeit, Lebensqualität und die Bildung und Ausbildung der arbeitenden Bevölkerung erübrigen zu können. Nicht Ausländer sind Schuld daran, daß die Lebensverhältnisse sich ständig verschlechtern, sondern Unternehmer und Staat, die durch Lohndruck, Arbeitsplatzabbau und Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen die Krisenerscheinungen des Profitsystems auf unseren Rücken abzuwälzen suchen.

Für uns ist es unakzeptabel, daß Staat und Unternehmer sich das Recht herausnehmen, ausländische Arbeitskräfte je nach Bedarf als mobile Arbeitsreserve ins Land zu holen und wieder rauszujagen. Daher erheben wir die Forderung:

Unser Ziel ist es, diese Broschüre in der BRD weitmöglichst zu verbreiten. Wir hoffen, daß ihr uns dabei unterstützt. Die Broschüre kann bei uns in beliebiger Anzahl bestellt werden - ab fünf Exemplaren portofrei. Bei Einzelbestellungen sind DM1.50 Portokosten auf den Preis aufzuschlagen.

Die **Kontaktadresse**

der **Darmstädter Initiative gegen Rassismus** lautet:

K. Müller

Postlagerkarte Nr. 017850 D

6100 Darmstadt 11.

Natürlich sind wir auch sehr daran interessiert, als Diskussteilnehmer zu Veranstaltungen eingeladen zu werden.

Von der **Darmstädter Initiative gegen Rassismus** kann über die o.a. Adresse auch der Text Die Wurzeln des Rassismus bestellt werden. Dieser behandelt die historische Entstehung des Rassismus ausführlicher, als es uns im Rahmen dieser Broschüre möglich war. Preis: DM 1.50 plus DM 1.50 Porto.
